

WAS WIR WOLLEN von der POLITIK in Hamburg - Forderungen von IMSWB!

Wer Instrumente wie eine „Mietpreisbremse“ oder „Gebiete der Sozialen Erhaltungsverordnung“ einführt, dem geht es doch um die Frage „Wie kann der Mieter weniger Miete zahlen“?

Die Initiative „In Meinem Stadtteil Wohnen Bleiben!“ stellt mit diesen Forderungen an die Hamburger Politik die notwendigen Instrumente zur Diskussion, die auf nachhaltige Lösungen zur Erlangung von ausreichendem, gutem und bezahlbarem Wohnraum in Hamburg führen werden - nicht auf kurzfristige Wahlerfolge.

Die Initiative besteht aus einem Zusammenschluss von mittelständischen Unternehmern aus der Hamburger Wohnungswirtschaft. Ihr Ziel ist es, die Folgen politischer Fehlregulierung und den Missbrauch städtebaupolitischer Instrumente über die eigenen Plattformen der Initiative zu benennen, wirksame Lösungen zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen, auch über die Wahl im Februar 2020 hinaus.

Es sind die Initiatoren dieser Initiative, die durch Ihr tägliches Tun und Handeln für neuen Wohnraum und damit für die Entlastung des Mietmarktes in unserer schönen Stadt sorgen, nicht schädliche und populistische Politik.

Wenn wir weiterhin verantwortungslosen Populismus unkommentiert zulassen, werden wir in der Zukunft in Hamburg ein Problem haben, welches die DDR 1989 auch hatte: Verfallene Bestände und eine abwandernde Bevölkerung. Dann haben sich die verantwortlichen Politiker aber schon aus dem Staub gemacht.

Deshalb fordern wir:

Transparenz für den Mietmarkt im qualifizierten Mietspiegel

- Aufnahme des im Mietpreis durchschnittlich enthaltenen Steueranteils pro Quadratmeter-Mietpreis
- Ausweisung des in der Erhebung enthaltenen Anteils an städtischem Wohnraum
- Aufnahme der historischen und um die Inflation bereinigten Mietenentwicklung für die jeweils vergangenen 15 Jahre

- Verzicht auf jegliche wertende Kommentierung und Einordnung der Statistiken
- Einführung einer dritten Lagekategorie

Abschaffung der Mietpreisbremse - Finger weg vom Preis!

- Abschaffung der sogenannten Mietpreisbremse (§§ 556d bis 556f BGB)

Subjekt- statt Objektförderung

- Unmittelbare Subventionierung von Mietern mit Förderbedarf - Menschen fördern, nicht Steine
- Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe
- Zuschussförderung für die Reduzierung von Flächenverbrauch: Wer in eine kleinere Wohnung innerhalb Hamburgs nachhaltig einzieht, soll dafür einen einmaligen Zuschuss in Höhe von € 500,- pro reduziertem Quadratmeter erhalten.
- Zuschussförderung Sharing: Mieter mit einem geringeren Pro-Kopf-Flächenverbrauch als 20 m² erhalten für die Dauer der Mietung einen Zuschuss in Höhe von € 1,- pro m²

Staatliche Förderung von Wohneigentum

- Eigenkapital-Ersatz durch Staatsbürgschaften
- Eigenkapital-Ersatzdarlehen durch die KfW

Abbau von Hemmnissen zur Eigentumsbildung und Investitionen

- Abschaffung von 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB (Soziale Erhaltungsverordnung)

Senkung der Erwerbsnebenkosten

- Senkung der Grunderwerbsteuer auf 3 %
- Einführung eines Grunderwerbsteuerfreibetrages für natürliche Personen pro Kopf einmalig innerhalb von 10 Jahren für einen Kaufpreisanteil von € 500.000,-
- Einführung des Bestellerprinzips für Maklerprovisionen für alle Verkaufsfälle
- Abschaffung von 652 BGB zur Verhinderung von Nachweismaklerei

Günstigeren Wohnraum durch Senkung der Baukosten

- Bundesratsinitiative: Überzogene technische Anforderungen an Wohnungsbau senken oder abschaffen
- Abschaffung der Mehrwertsteuer im Wohnungsbau

Beschleunigung des Baugenehmigungsprozesses

- Digitalisierungsstrategie - Papierlose Bauanträge
- Mehr Personal in den genehmigenden Dienststellen
- Begrenzung auf eine einmalige Nachforderung in beiden Baugenehmigungsverfahren (§61 und §62 HBauO)

Planrecht modernisieren

- Höhere Geschossigkeit zulassen - Solitargebäude bis 25 Geschosse nach dem Vorbild Londons
- SOFORTMASSNAHME: Hamburgweit plus ein Geschoss Richtlinie - mit Augenmaß.
- Schnellere Ausweisung von urbanen Gebieten - für eine moderne Metropole muss Arbeiten und Wohnen miteinander verbunden werden.

Stabile politische und rechtliche Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau!

- Neuaufgabe des Bündnisses für das Wohnen in Hamburg

Sie finden uns im Internet unter www.imswb.de

Und auf YouTube unter: www.youtube.com/imswb

Für Rückfragen steht Herr Hauke Wagner gern zur Verfügung:

Kontakt:

Mobil: +49 171 26 27 868

Telefon: +49 40 369 442 40

E-Mail: hw@haukewagner.de